

Hamburger SPD wehrt sich gegen Sozialkürzungen der Merz-Regierung

Hamburg, 14. Oktober 2025

Auf Initiative der Jusos Hamburg spricht sich eine deutliche Mehrheit des SPD-Landesverbands Hamburg auf dem Landesparteitag am 11. Oktober für den Erhalt des Bürgergelds aus. Insbesondere die geplante Streichung der Kosten für Unterkunft wird als menschenunwürdig betrachtet und wird abgelehnt.

Der Sozialstaat ist eine der größten Errungenschaften der Sozialdemokratie. Er gibt Beschäftigten Sicherheit vor der Willkür und den Wechselfällen des Marktes, schützt sie im Falle von Arbeitslosigkeit vor Armut und Abstieg und stärkt so ihre Verhandlungsposition. Nur wer sich nicht vor existenzieller Not fürchten muss, kann sich der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen entgegenstellen. Diese Sicherheit macht eine selbstbewusste Arbeitnehmerschaft erst möglich – und genau das ist es, was Arbeitgeberverbände und CDU derzeit wieder angreifen.

Ein vollständiger Leistungsentzug bedeutet in der Realität: unbezahlte Mieten, Stromsperren, Lebensmittelknappheit – und im schlimmsten Fall Obdachlosigkeit. Sozialverbände warnen, dass Kinder und Familien dadurch in akute Not geraten. Auch das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt erhebliche Bedenken gegen die Vereinbarkeit einer vollständigen Streichung existenzsichernder Leistungen mit der Menschenwürde vorgebracht.

„Das, was die Regierung uns jetzt als Reform verkauft, ist quasi die Rückkehr zu Hartz-IV. Für die soziale Kälte und Entwürdigung gibt es nur einen passenden Begriff: das ist Klassenkampf von oben. Wer Menschen nach drei versäumten Terminen ohne Weiteres das Dach über dem Kopf streicht, der will keine Hilfe zur Selbsthilfe anbieten, sondern Gehorsam erzwingen. Wir verurteilen, dass soziale Sicherheit erneut zum Druckmittel gegen die Schwächsten gemacht wird! Das klare Ziel dieser sogenannten Reform ist, die Verhandlungsmacht von Arbeitnehmenden gegenüber Konzernen radikal zu schwächen.“, so Paula Klewer und Thorben Bauer von den Jusos Hamburg.

Paul Strothmann, Vorsitzender der Jusos Hamburg ergänzt: „Das Kabinett greift mit diesem Entwurf zentrale Errungenschaften unseres Sozialstaats an. Nach vier Jahren Hetze gegen prekarierte Menschen und die vermeintlichen ‚Taugenichtse‘ in unserer Gesellschaft, möchte Merz nun das Existenzminimum aushöhlen. Es droht eine Prekarisierung von Millionen – nicht mit uns! Im Übrigen: Ein starker Sozialstaat stärkt

auch die Verhandlungsposition der Beschäftigten. Nur wer ein Auffangnetz hat, kann sich im Zweifel gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Lohndumping zur Wehr setzen. Am Ende geht es um mehr Geld für Millionenerben oder die breite Masse. Die Merz-Regierung hat sich offenbar für die Milliardäre entschieden.“

Janne Roehsler, Vorsitzende der Jusos Hamburg stellt klar: „Es ist kein Wunder, dass die SPD in den Umfragen weiter fällt, wenn sie so wenig Rückgrat beweist. Während der DAX ein neues Rekordhoch erreicht und in unserem Land über 100 Milliarden im Jahr durch Steuerbetrug verliert, fällt dem Kabinett nichts Besseres ein, als auf die Schwächsten unserer Gesellschaft einzutreten. Liebe Bundestagsfraktion: wehrt euch!“

Über die Jusos Hamburg

Die Jusos Hamburg (Jungsozialist*innen in der SPD Hamburg) sind die Jugendorganisation der SPD Hamburg und mit über 2.500 Mitgliedern der größte politische Jugendverband in der Hansestadt. Es engagieren sich junge Menschen zwischen 14 und 35 Jahren. Gegliedert sind die Jusos in sieben Kreise mit 29 sogenannten Juso-Gruppen. Darüber hinaus bestehen drei Hochschulgruppen an der Universität Hamburg, der Bucerius Law School und der HafenCity Universität sowie eine landesweite Schüler*innen- und Auszubildendengruppe. Die Jusos Hamburg entwickeln und diskutieren junge und wichtige Ideen, organisieren Kampagnen und Wahlkämpfe und bringen die Stimme der jungen Generationen in die SPD und in die Hamburger Politik ein. Die Grundwerte der Jugendorganisation sind Sozialismus, Internationalismus und Feminismus.

Pressekontakt

Jusos Hamburg
Emilian Soares
Landesgeschäftsführer
E-Mail: jusoshamburg@spd.de
Tel.: 040/2808-4813